

Antrag auf direkte Beteiligung der Basisgruppen an der Erarbeitung der gemeinsamen Satzung und des Parteiprogramms der angestrebten gemeinsamen Partei „Die Linke.PDS - WASG“

Initiiert von der Basisinitiative für eine Parteibildung von unten! (BiPu)

Vorbemerkung zum Beschlußtext:

Die Formulierung der Satzung und des Parteiprogramms bis zum 30. Juni 2007 soll durch diese Initiative von unten unterstützt werden. Die Entwürfen der zentralen Satzungs- und Programmkommission sollen ergänzt werden durch Entwürfe der Basisgruppen.

Ziel der Parteinuugründung soll eine neuartige moderne Partei sein, die sich bereits in ihrer innerdemokratischen Struktur von den übrigen Parlamentsparteien unterscheidet. Ziel dieser Struktur ist eine verlässliche Partei, die mit außerparlamentarischen Gruppen vernetzt ist und gemeinsam mit diesen Gruppen für eine sozial gerechtere Gesellschaft kämpft. Hauptzielgruppen müssen die NichtwählerInnen und sozial Benachteiligten sein, ihr Vertrauen wollen wir uns erarbeiten. Wir wollen mit unserer Politik Vertrauen gewinnen und nicht in Verbindung gebracht werden mit „denen da oben“, „die eh‘ alle das Gleiche machen“.

Was liegt da näher, als uns in der eigenen Partei „von denen da oben“ zu emanzipieren.

Die angestrebte Basisdemokratie ist dabei kein Selbstzweck, sondern sie soll entscheidend dazu beitragen, daß sich Parteivorstand und MandatsträgerInnen an Satzung und Wahlprogramm halten. Darüber hinaus wird die Partei dadurch interessanter für einfache Mitglieder, denn der einzelne bekommt das Gefühl, daß seine Stimme bei Entscheidungen gefragt ist. Auch wird dem Gefühl der Machtlosigkeit gegenüber dem Parteiapparat sowie den Amts- und MandatsträgerInnen durch die stärkere Basiskontrolle vorgebeugt.

Unsere gemeinsamen Ziele widersprechen grundlegend den Interessen der derzeitigen NutznießerInnen von Kriegen, Umweltzerstörung, Staatsverschuldung, Ausbeutung der armen Länder, Lohnsenkungen, Arbeitszeitverlängerungen und Armut. Deshalb wird der Widerstand dieser Gruppen mit dem Einfluß unserer neuen Partei an Aggressivität zunehmen. Um diesen Angriffen effektiv trotzen zu können, müssen wir geschlossen auftreten. Im Vordergrund müssen unsere Inhalte und Analysen stehen. Eine Profilierung in der Öffentlichkeit über wenige hervorgehobene PolitikerInnen macht uns abhängig von diesen verletzlichen und unberechenbaren Persönlichkeiten. Wohin diese Konzentration auf Köpfe führt, kann gut beobachtet werden, zum Beispiel an Hand von Tony Blair in Großbritannien, Joschka Fischer oder Gerhard Schröder.

Die Politik soll nicht in Arbeitsgruppen und in Gesprächen mit Lobbyisten entworfen werden, sondern dezentral in den Basisgruppen.

Dank des Internets ist diese Idee konkret umsetzbar. Dieser Beschlußentwurf fordert die umgehende Einrichtung der erforderlichen Infrastruktur von den Vorständen bzw. den Parteitagern der beiden beteiligten Parteien ein.

Da die direkte Einbindung außerparlamentarischer Gruppen in den Parteibildungsprozess umstritten ist, gliedert sich der Antrag in zwei unabhängige Teile, die gesondert beschlossen werden müssen. Der zweite Teil baut auf dem ersten auf und erweitert den Kreis der beteiligten Basisgruppen auf außerparlamentarische Gruppen (z.B. IG-Metall, Attac, solid, etc.). Nur wenn auch dieser Teil von einer Zweidrittel-Mehrheit unterstützt wird, sollte er auch umgesetzt werden.

Weitere Hintergründe und weiterführende Adressen zu dieser Initiative für einen basisdemokratischen Parteibildungsprozeß und den Prozess der Abstimmung dieser Resolution sind provisorisch bis zur geplanten Einrichtung einer eigenen Webseite unter:

www.jpberlin.de/BiPu/

abrufbar.

Nach Zustimmung zu dieser Resolution bitten wir den/die Sprecher/-in ein unterschriebenes Exemplar des Beschlusses zur öffentlichen Dokumentation an folgende Adresse zu schicken:

WASG Kreisverband Alb-Donau, Postfach 1155, 89001 Ulm

Die beteiligten Gruppen werden dann im Internet veröffentlicht. Sobald je 5 Basisgruppen jeder Partei die Resolution ratifiziert haben, konstituiert sich die Initiative formell. Die Gründungsgruppen entscheiden dann halbparitätisch mit einfacher Mehrheit untereinander das weitere Vorgehen (z.B. Name, Sitz, Internetdomäne, evtl. leichte Modifikation des Beschlußtextes, Entwicklung einer Wiki-Satzung, etc.) Ferner werden dann Funktionsträger wie etwa ein/eine Datenverwalter/-in sowie ein/eine Stellvertreter/-in und ggf. weitere Personen mit einfacher Mehrheit der abgegeben Stimmen gewählt (z.B. Web-Master).

Beschlußtext:

Antrag auf direkte Beteiligung der Basisgruppen an der Erarbeitung der gemeinsamen Satzung und des Parteiprogramms der angestrebten gemeinsamen Partei „Die Linke.PDS - WASG“

Parteizugehörigkeit (Die Linke.PDS bzw. WASG): _____

Parteigliederung (Orts-, Kreis- oder Landesgruppe): _____

Ortsbezeichnung der Parteigliederung: _____

Anzahl der vertretenen Mitglieder (sofern bekannt): _____

1. Kontakt-e-mail-Adresse: _____, Tel.-Nr.: _____ / _____

2. Kontakt-e-mail-Adresse: _____, Tel.-Nr.: _____ / _____

Teil A:

Durch die Basisinitiative der Parteibildung von unten soll die Parteibildung von WASG und Linkspartei.PDS unterstützt werden. Insbesondere soll erreicht werden, daß beide Parteien durch diese Initiative an Attraktivität für die Mitglieder gewinnen und, daß auf dem Weg zu der neuen Partei möglichst viele Menschen und Gruppen den Bildungsprozess positiv begleiten. Die angestrebte Formulierung von alternativen Versionen von Satzung und Programm soll die Arbeit der zentralen Satzungs- und Programmkommission ergänzen und nicht ersetzen. Die Alternativentwürfe sollen entsprechend der Festlegung im Kooperationsabkommen 3 zum 30. Juli 2007 vorliegen.

Hiermit fordern wir den Vorstand der eigenen Partei auf, unverzüglich gemeinsam mit der Partnerpartei zwei Internetforen in Form vergleichender Wikis aufzubauen. Die eine Wiki soll der Erstellung von zwei konkurrierenden Satzungen, die andere zur Erstellung von zwei alternativen Parteiprogrammen dienen. Im ersten Schritt sollte die Satzung in einer Wiki durch die Basisgruppen erarbeitet werden. In der Satzungs-Wiki soll der Satzungstext abschnittsweise jeweils in mehreren Varianten nebeneinander (oder untereinander) dargestellt werden (synoptische / nebeneinanderstellende Darstellung). Bei Beginn gibt es für jeden Abschnitt nur ein bis zwei Vorschläge, das können beispielsweise die bisherigen Satzungspassagen beider Parteien sein. An dem Prozess teilnehmen können jeweils die untersten Basisgruppen, das können in kleinen Bundesländern mit geringem Organisationsgrad die Landesverbände sein oder in Gebieten mit hohem Organisationsgrad auch Ortsgruppen. Der Prozess soll die Basisgruppen in ihrem Zusammenhalt und ihrer Attraktivität für Mitglieder stärken. Bei dem Prozess geht es vor allem um eine Meinungsbildung und nicht um einen juristisch bindenden Vorgang. Überschneidungen in der Zugehörigkeit einzelner Mitglieder zu zwei beteiligten Basisgruppen sind deshalb nicht schädlich für den Prozess, es ist lediglich wichtig, das nur Basisgruppen ab einer nominellen Größe von 5 und keine Einzelpersonen teilnahmeberechtigt sind.

Nach Akkreditierung hat jede Basisgruppe das Recht, eigene Versionen von einzelnen Abschnitten hinzuzufügen. Die neu eingefügten Abschnitte werden dann entweder räumlich neben oder unter den bereits vorhandenen Entwürfen angeordnet (synoptisch dargestellt). Begleitend können die Basisgruppen pro Absatz je einer Version ihre Zustimmung geben. Im Vierwochenrhythmus werden dann jeweils die beliebtesten vier ermittelt und die übrigen Versionen gelöscht. Des weiteren können auch zusätzliche Absätze eingefügt werden. Neue Absätze bleiben im Text, wenn sie nach drei Monaten 50% der Stimmen der insgesamt beteiligten Gruppen bekommen haben. Bei Abstimmungen gilt die Halbparität, das heißt alle beteiligten Basisgruppen einer Partei haben zusammen genausoviel Abstimmungsgewicht wie die Basisgruppen der anderen beteiligten Partei. Die hier vorgeschlagenen Regeln können im Verlauf des Prozesses durch halbparitätische Abstimmung unter den beteiligten Basisgruppen durch die einfache Mehrheit der am Prozess beteiligten Gruppen noch weiter konkretisiert und geändert werden.

Analog wird im zweiten Schritt bzw. zeitlich überlappend zwei Alternativvarianten des neue gemeinsamen Parteiprogramms von den Basisgruppen in einer Programm-Wiki erarbeitet, auch hier können die bisherigen Programme beider Parteien Ausgangspunkt für die Ausgangs-Wiki sein. Am Ende des Prozesses, der gemäß dem 3. Kooperationsabkommen für den 30. Juni 2007 vorgesehen ist, werden jeweils die beiden beliebtesten Versionen von Satzung und Programm zu Gesamttextrn zusammengefügt und in einer Mitgliederbefragung beschlossen. Für diese Befragung können die beiden Vorstände als dritte Variante eine eigene gemeinsame Version zur Abstimmung stellen.

PLZ, Ort, Datum: _____, den _____ 2006

Ergebnis, Teil A: Ja: _____, Enthaltung: _____, Nein: _____

Unterschrift des / der Protokollführers/-in: _____

Name des / der Protokollführers/-in in Druckschrift: _____

Unterschrift des / der Gruppensprechers/-in: _____

Name des / der Gruppensprechers/-in in Druckschrift: _____

Antrag auf direkte Beteiligung der Basisgruppen an der Erarbeitung der gemeinsamen Satzung und des Parteiprogramms der angestrebten gemeinsamen Partei „Die Linke.PDS - WASG“

Teil B:

Um die außerparlamentarischen Gruppen strukturell in die Parteibildung einzubinden wird der Prozeß geöffnet für die Teilnahme weiterer Basisgruppen. Dabei werden zwei Klassen unterschieden: Gruppierungen deren Basisgruppen ohne gesonderten Antrag auf Akkreditierung teiligungsberechtigt sind (z.B. Gewerkschaftsgruppen innerhalb des DGB) und sonstige Gruppen (z.B. regionale Friedens- und Umweltgruppen). Über die Zugehörigkeit zur ersten Klasse entscheiden die Parteitage beider Parteien. Die übrigen Gruppen werden auf Antrag von der Mehrheit der beteiligten Basisgruppen beider Parteien zugelassen. Der Abstimmungszeitraum zur Gruppenneuzulassung beträgt jeweils max. 6 Wochen.

Bei der Wertung während des Wiki-Prozesses gilt Drittelparität. Nach Beendigung des Wiki-Prozesses wird verfahren wie in Teil A ausgeführt.

PLZ, Ort, Datum: _____, den _____ 200__

Ergebnis, Teil B: Ja: _____, Enthaltung: _____, Nein: _____

Unterschrift des / der Protokollführers/-in: _____

Name des / der Protokollführers/-in in Druckschrift: _____

Unterschrift des / der Gruppensprechers/-in: _____

Name des / der Gruppensprechers/-in in Druckschrift: _____

Datenschutz:

Alle vorgenannten personenbezogenen Daten werden ausschließlich im engen Zusammenhang mit der Basisinitiative für eine Parteibildung von unten genutzt. Sie dienen insbesondere dem Beleg der Zustimmung zum Prozess gegenüber den Organen der beteiligten Parteien. Die Daten werden nach formeller Konstituierung der Basisinitiative durch eine gewählte Person und ihren Stellvertreter verwaltet, die zuvor beide eine Datenschutzerklärung gemäß §5 des Bundesdatenschutzgesetzes unterschrieben haben. Die Basisinitiative ist als Begleitung des Parteibildungsprozesses gedacht, sie ist als Gruppierung auf Zeit angelegt. Frühestens 2007 und spätestens nach drei Jahren oder durch Beschluß mit einfacher Mehrheit der beteiligten Gruppen löst sich die Initiative auf. Alle Daten werden dann gelöscht und alle Unterlagen vernichtet.

Öffentlichkeit:

Jede Gruppe kann zusätzlich auf Wunsch folgende Daten zur Veröffentlichung im Internet angeben:

Kontakt-e-mailadresse: _____

Name des Ansprechpartners: _____

Kontakttelefon: _____

Homepage: _____

Raum für Kommentare: